Neoliberale Globalisierung und die Straffreiheit : eine globale Perspektive

Autor(en): **Segbers, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Internationale kirchliche Zeitschrift : neue Folge der Revue internationale de théologie**

Band (Jahr): **102 (2012)**

Heft 4

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-405109

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Neoliberale Globalisierung und die Straffreiheit. Eine globale Perspektive

Franz Segbers

Vorbemerkung: Zur Erinnerung an den am 3. Oktober 2006 auf den Philippinen ermordeten Erzbischof Alberto Ramento und die vielen Hundert toten Menschenrechtsaktivisten und gegen eine «Kultur der Straffreiheit» organisierte die Iglesia Filipina Independiente am 2. und 3. Oktober 2012 im IFI Conference Center in Manila eine Konferenz über «Mission und Menschenrechte», an der u.a. auch Vertreter der altkatholischen Kirche teilnahmen (vgl. http://www.ifi.ph/ifi-commemorates-6th-martyrdom-anniversary-of-bishop-alberto-ramento – 17.11.2012). Für die Utrechter Union hielt der altkatholische Sozialethiker Prof. Dr. Franz Segbers von der Universität Marburg das im Folgenden dokumentierte Referat; der Erzbischof von Utrecht, Dr. Joris Vercammen, wandte sich bei einem Gedächtnisgottesdienst in der IFI National Cathedral in Manila mit einer Ansprache an die Gemeinde (s. unten S. 300–304).

1. Verteidiger von Menschenrechten werden verfolgt und riskieren ihr Leben

Es ist eine grosse Ehre für mich, diesen Vortrag zur Erinnerung an Bischof Ramento und sein Menschenrechtsengagement zu halten[1]. Bischof

[1] Die Menschenrechtsverletzungen und politischen Morde auf den Philippinen werden kaum registriert. Dabei wurden nach einer Untersuchung der UNO allein in den Jahren 2001 bis 2010 unter der Präsidentschaft von Gloria Macapagal-Arroyo 1206 politische Morde registriert und 206 Menschen entführt. Auch unter der jetzigen Regierung des Präsidenten Aquino III. geht das Morden, Verschleppen und Verschwinden-Lassen von Menschenrechtlern, Gewerkschaftern, Umweltaktivisten, Richtern, Journalisten, Kirchenleuten und unschuldige Zivilisten weiter; (vgl. Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen (Hg.), Human Rights in the Philippines. Trends and Challenges under the Aquino Government, Conference Documentation, June 29–30, 2011, Berlin, Germany. Von 2010 bis Oktober 2012 gab es 99 Opfer politischer Morde und elf Menschen wurden verschleppt. Die Täter bleiben oftmals straffrei oder werden gedeckt.

Die politischen Morde bilden jedoch nur die Spitze einer strukturellen Gewalt, welche die ganze Gesellschaft durchzieht. Die Verletzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, wie z.B. das Recht auf soziale Sicherheit, auf Nahrung, Bildung, Wohnen und Gesund ist allgegenwärtig. Auf den Philippinen spricht man

Ramento war beides: ein Bischof und ein Verteidiger der Menschenrechte. Im zweiten Jahr seiner Amtszeit (1994) wurde er vom General Theological Seminary der Episcopal Church in New York mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet. Dabei wurde er folgendermassen gewürdigt:

> 1993 wurde er zum Obersten Bischof der *Philippine Independent Church* gewählt. Er ist ein Verfechter von Menschenrechten, dem der Friede zwischen den Völkern ein wichtiges Anliegen ist. Er war [...] Vorsitzender des Menschenrechtskomitees des Nationalen Kirchenrates der Philippinen [...][2].

Es ist gefährlich, die Menschenrechte zu verteidigen. Bischof Ramento hat als Vorsitzender des Obersten Bischofsrats der «Iglesia Filipina Independiente» (IFI) den Zustand der politischen Repression und die schwierige Lage der Menschenrechte verurteilt. Besonders hat er die anhaltenden politischen Morde von militanten Führern, Richtern, Journalisten, Kirchenleuten und unschuldigen Zivilisten verurteilt. Man hatte ihn gewarnt, nach dem Tod von Pfarrer Tadena vorsichtig zu sein. Er erhielt bei einer Konferenz über die Verletzung der Menschenrechte Anfang September 2006 eine SMS mit der Meldung «Wir werden dich beseitigen, aber nicht mit einer Kugel». Mutig hat er geantwortet: «Ich weiss, dass man mich umbringen wird, aber ich werde meinem Dienst an Gott und der Verpflichtung meinem Volk gegenüber nicht aufgeben.» Am frühen Morgen des 3. Oktober 2006 wurde Bischof Alberto Ramento tot in seinem bescheidenen Pfarrhaus in Tarlac City aufgefunden. Bischof Ramento ist einer auf der langen Liste von mehr als eintausend Menschenrechtsaktivisten, die seit 2002 ermordet wurden – hauptsächlich Journalisten, Ge-

---

von «Entwicklungsaggression» und bezeichnet damit ein Vorgehen bei Bergbauprojekten, die ohne Rücksicht auf die Bevölkerung oder die Umwelt durchgesetzt werden. So verwundert nicht, dass zahlreiche Opfer gerade aus den Agrarreform- und Antibergbaubewegungen stammen, die Wiederstand gegen die Verletzung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte durch die Entwicklungsaggression leisten. Benjamin Bayles, der ein engagierter Mitarbeiter der «Iglesia Filipina Independiente» und Sprecher einer Umweltkomitees gegen die zerstörerischen Auswirkungen des Tagebaus war, wurde 2010 ein Opfer politisch motivierter Gewalt durch paramilitärische Einheiten.

[2] Zitiert nach: Eleuterio J. Revollido, Obispo Maximo Alberto B. Ramento (1936–2006). Eine Würdigung, in: Franz Segbers/Peter-Ben Smit, Katholisch in Zeiten der Globalisierung. Erinnerung an den Märtyrerbischof Alberto Ramento, den Bischof der Arbeiter und Bauern, Luzern (Exodus) 2010, 45–50, hier 46.

werkschafter und Kirchenleute. Unter ihnen sind auch Mitglieder der IFI zu beklagen.

Was tun wir eigentlich, wenn wir uns derer erinnern, die wegen der Verteidigung der Menschenrechte ermordet oder verfolgt wurden?

Ein Schlüssel könnte eine sehr wichtige und zentrale Frage sein, die Bischof Ramento stellte: Warum? In seiner Predigt über den Bischof als Propheten, die er bei einer Zusammenkunft der Bischöfe des Ökumenischen Rates der Kirchen Ostasiens in Kioto im September 1994 erhielt, unterstrich er diese Frage nach dem Warum:

> Unsere Bauern, die Reis produzieren, und unsere Fischer, die Fische fangen, haben weder Reis noch Brot [das philippinische Äquivalent von Butter und Brot im Westen] auf ihrem Tisch. Warum tragen Filipinos zum Aufbau anderer Länder bei, nur zum Aufbau ihres eigenen nicht? Weil unsere qualifizierte Arbeiter in Saudi-Arabien sind, unsere Ärzte, Krankenschwestern und anderen Fachkräfte in den USA, Kanada, England und Australien arbeiten. Weil ihre Eltern arm sind und sich nicht einmal einfache Medikamente kaufen können. Aber warum sind sie arm in einem sehr reichen Land?[3]

In seiner Predigt anlässlich der Erneuerung der Vereinbarung zwischen der «Iglesia Filipina Independiente» und der «Church of England» auf der Lambeth Conference im Jahr 1998 führte Bischof Ramento aus:

> Schaut euch bitte das Beispiel der extremen Armut auf den Philippinen an. Die Philippinen sind reich an natürlichen Rohstoffen wie Gold, Eisen und fruchtbarem Land, aber auch an Arbeitskräften. Wir haben viele qualifizierte Arbeiter, Ärzte, Ingenieure und Krankenschwestern. Warum ist es dann ein unterentwickeltes Land, in dem Kinder an heilbaren Krankheiten wie Lungenentzündung und Durchfall sterben? Weil unsere qualifizierten Fachkräfte in den Mittleren Osten exportiert werden und unsere Ärzte und Krankenschwestern in den USA oder England sind. Wir haben Millionen von Dollars aufgewendet, um sie zur Schule zu schicken, aber jetzt sind sie hier. Manch-

[3] ALBERT RAMENTO, Der Bischof als Prophet. Ansprache bei der Versammlung der Bischöfe des Ökumenischen Rates der Kirchen in Ostasien (CCEA) in Kyoto, September 1994, in: Segbers/Smit, Katholisch in Zeiten (wie Anm. 2), 63–68, hier 65.

mal haben wir dadurch den Eindruck, dass die armen Filipinos damit indirekt eure Ausbildung hier in England subventionieren[4].

Wenn wir uns an Bischof Ramento erinnern, dann sollten wir dieselbe Frage nach dem «Warum» stellen: Warum sind die Bauern und Fischer arm mitten in einem reichen Land? Warum gibt es keinen Fisch auf den Tischen der Fischer? Warum sterben Kinder an heilbaren Krankheiten? Der berühmte brasilianische Bischof Dom Hélder Câmara hat die gleiche wichtige Frage nach dem «Warum» gestellt. Bekannt wurde er für sein Wort: «Wenn ich den Armen Brot gebe, dann nennt man mich einen Heiligen. Wenn ich frage, warum sie kein Brot haben, dann nennen sie mich einen Kommunisten.»

2. Menschenrechte im Neoliberalismus

Stellen wir also mit Bischof Ramento und den vielen Menschenrechtsaktivisten die Frage, warum es Hunger in einer Welt gibt, obwohl mehr als genug Lebensmittel vorhanden sind. Wir müssen aber auch noch eine andere, vielleicht noch zentralere Frage stellen: Warum ist es gefährlich, nach dem «Warum» zu fragen?

Seit der UNO-Deklaration der Menschenrechte im Jahr 1948 hat die Menschengemeinschaft den Bewohnern dieser Erde ein «Recht auf Nahrung», ein «Recht auf Arbeit» und ein «Recht auf soziale Sicherheit» und weitere Rechte versprochen. Die Menschenrechte spielen ohne Zweifel eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen ethischen und politischen Debatte. Menschenrechte statten jeden Menschen mit universalen und international geschützten Rechten aus. Zu Recht ist die heutige Weltgesellschaft stolz auf diese Menschenrechte. Und doch werden die, die diese verbrieften Rechte verteidigen und einfordern, in vielen Ländern verfolgt. Warum bleiben aber jene straffrei, die die Verteidiger der Menschenrechte verfolgen, verschleppen oder gar umbringen? Wir werden darauf nur eine angemessene Antwort finden, wenn wir die Umkehrung der Menschenrechte im Neoliberalismus analysieren.

---

[4] ALBERTO RAMENTO, Das gebrochene Brot. Predigt anlässlich der Erneuerung der Konkordats zwischen der IFI und der Kirche von England an der Lambeth-Konferenz in London, Juli 1998, in: Segbers/Smit, Katholisch in Zeiten (wie Anm. 2), 69–72, hier 70f.

Wenn wir eine gerechte und andere Welt möchten, ist es entscheidend, stets von den Menschenrechten auszugehen. Menschenrechte stellen keinen simplen Moralismus einer wünschenswerten Gesellschaft dar, die aber leider an den Realitäten scheitert. Die Anerkennung der Menschenrechte ist vielmehr die Bedingung für die Möglichkeit einer anderen, einer gerechteren Gesellschaft. Lange standen lediglich die bürgerlichen und politischen Menschenrechte im Mittelpunkt. Zwar wurden bereits 1966 im Sozialpakt die wirtschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Rechte von der UNO beschlossen, doch sie blieben weithin unbekannt. Wenn heute aber diese wirtschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Rechte in hoher Dringlichkeit eingefordert werden, hat dies mit den destruktiven Folgen der neoliberalen Globalisierung zu tun. Der Begriff Globalisierung verbirgt, was er proklamiert. Globalisierung ist für die Länder des globalen Südens keine Neuigkeit, denn sie sind bereits im 16. Jahrhunderts Opfer einer Art von Globalisierung geworden, die sie unterdrückte, ausbeutete und ausplünderte. Doch wenn wir heute von Globalisierung sprechen, dann geht es um etwas anderes. Es geht um ein ökonomisch-politisches Projekt, bei dem nach dem Motto «Mehr Markt und weniger Staat» der Markt weltweit ausgedehnt und vom Staat gezogene Schranken des Marktes abgebaut werden[5]. Die Verwandlung der Erde in ein globales Dorf, wo alle Bewohner die Ressourcen teilen, ist keineswegs das Ziel der heutigen Globalisierer. Sie plündern die ganze Welt zu ihrem Nutzen. Das können sie aber nur tun, weil bereits seit 500 Jahren die Erde globalisiert ist. Wer von Globalisierung ohne die Unterscheidung zwischen der seit 500 Jahren globalisierten Erde und der neoliberalen Globalisierungsstrategie spricht, der täuscht sich gewaltig. Diese ökonomisch gewollte und politisch in Gang gesetzte globale Ausdehnung des Marktes und die Zurücknahme staatlichen Einflusses wird zu einer Bedrohung für die Erde, die Menschen und das Überleben der Schöpfung. Das war nie so offensichtlich wie in diesen Jahren, wo die USA und Europa in der Finanzkrise selber Opfer dieser neoliberalen Strategie geworden sind. Die Gefahr besteht nicht darin, dass die Erde global geworden ist, sondern darin, dass diese globale Welt die neoliberale Globalisierungsstrategie nicht aushalten und ertragen kann.

---

[5] Vgl. FRANZ SEGBERS, Globalization as the Context for a Theological and Ethical Understanding of Catholicity, in: Marsha L. Dutton (Hg.), Globalization and Catholicity: Ecumenical Conversations on God's Abundance and the People's Need, Beiheft zu IKZ 100 (2010) 147–161.

Unter dem Motto «Mehr Markt und weniger Staat» hat die Politik die Deregulierung der Arbeit, Privatisierung der sozialen Infrastruktur und Flexibilisierung der Finanzmärkte offensiv betrieben. Die Folgen sind allenthalben zu besichtigen: Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich weltweit und auch in vielen Ländern. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer. So besitzen allein die 225 reichsten Menschen der Welt so viel wie 47 Prozent der Menschheit. Europas Arbeiter verlieren ihre Arbeitsplätze, weil in China oder auf den Philippinen Arbeit billiger ist. Gleichzeitig werden auch die geringen Ansätze sozialer Sicherheit in den Ländern des Südens abgebaut. Landarbeiter wurden vertrieben und ihr Land enteignet, damit die Konzerne für den Export produzieren können. Die Börsen spielen verrückt und es ist keiner da, der sie in Schranken weisen würde. Die Schöpfung wird einem rastlosen Wachstumszwang geopfert. Es gibt für die armen und überschuldeten Staaten keine Alternative zur Bedienung der Schulden. Sie müssen mit den Auflagen der Strukturanpassung fortfahren, und dies bedeutet: ungebremste Privatisierung, Kürzung der Sozialleistungen und Abbau sozialer Rechte und der Menschenrechte – alles gefordert im Namen der Marktgesetze. Es spielt dabei keine Rolle, ob solche Zahlungen und Strukturanpassungen Armut, Arbeitslosigkeit und den Tod von Millionen armen Kindern und den Tod von Menschenrechtsverteidigern bedeuten.

Diese Entwicklung kann man nur verstehen, wenn der entscheidende Motor der neoliberalen Globalisierung analysiert wird. Es ist das Prinzip des Eigentums und seiner Mehrung. Hier ist die Ursache für den Druck auf Menschenrechte, Löhne, soziale Sicherheit und soziale oder ökologische Standards auszumachen. Menschenrechte wie das Recht auf Gesundheit, das Recht auf Arbeit oder Bildung werden in private Hände übergeben. So gibt es Bildung nur mehr, wenn bezahlt werden kann; gesundheitliche Betreuung nur, wenn man Geld hat. Man wagt zu sagen, dass der Staat die Ausgaben für die soziale Sicherheit nicht mehr aufbringen kann. Aber warum fehlt es heute an Geld, wo doch der Wohlstand seit der Zeit, da Europa in Trümmern lag, angewachsen ist? Die Banken kümmern sich mehr um die Dividenden und die aussergewöhnlich hohen Gehälter der Banker, aber nicht um das Gemeinwohl. Warum sollte man sich darüber wundern, dass die Kluft zwischen den Ärmsten und den Reichsten niemals so gross war?

Die Globalisierung dient zu nichts anderem als dazu, die weltweite Eigentumsmehrung von allen menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Schranken zu befreien. So wird die globale Vermehrung des Eigen-

tums zum höchsten Wert erhoben, der unantastbar ist, während die Verletzung der Menschenrechte als «Kollateralschaden» für den ökonomischen Fortschritt hingenommen wird.

Das Doppelprojekt «Mehr Markt und weniger Staat» ist ein Projekt, das die systematische Aufhebung der Menschenrechte, wie sie durch die Deklaration der UNO 1948 in Kraft gesetzt worden sind, betreibt. Das neoliberale Programm besteht darin, den Einfluss der Kapitaleigner zu verstärken und deshalb die Regulierungsmacht der Politik zurückzudrängen. Darin stellt es ein Gegenprogramm zu den Menschenrechten dar. Die Menschenrechte dagegen stehen für die Absicht, die Macht der Kapitaleigner einzugrenzen und die Macht des Staates zu stärken. Der Staat und sein Einfluss gegenüber den Kapitaleignern sind für die Durchsetzung der Menschenrechte von zentraler Bedeutung.

Die Menschenrechtsfeindschaft bedeutet einen tief greifenden Einschnitt im globalen Norden wie im globalen Süden. Der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, hat im «Wallstreet Journal» erklärt: «Das europäische Sozialstaatsmodell hat ausgedient. Oberstes Ziel muss es sein, das Vertrauen der Finanzmärkte wieder herzustellen.»[6] Mario Draghi spricht davon, das Vertrauen auf die Finanzmärkte zu stärken, dass dann erschüttert sei, wenn die Logik der Kapitalakkumulation unterbrochen werde. Wiederhergestellt wird das Vertrauen der Finanzmärkte aber, wenn die Politik sicherstellt, dass die Schulden zurückbezahlt werden und so die Mehrung von Kapital weitergehen kann. Der Schuldendienst rückt an die Stelle der Menschenrechte und rangiert als oberstes Prinzip. Das meint jedenfalls ein Hedgefonds, der laut «New York Times» vom 19. Januar 2012 gegen einen Schuldenerlass für Griechenland beim Europäischen Gerichtshof in Strassburg mit der Begründung klagen will, dass die Menschenrechte der Anteilseigner verletzt würden. Die ununterbrochene Mehrung des Kapitals durch Schuldendienst und Schuldentilgung wird somit in den Rang eines Menschenrechts erhoben.

Was die Länder des Südens in der Schuldenkrise erlebt haben, trifft jetzt auch Europa. Als man die Länder des Südens zu einer Politik der Strukturanpassung zwang, wurde schnell klar, dass hier die Aufhebung der Menschenrechte angekündigt wurde. Die Strategie der Strukturanpassung wurde im globalen Norden erdacht. Was der Norden den anderen angetan hat, schlägt nun auf den Norden zurück. Alles, was der Norden anderen angetan hat, muss er nun auch sich selber antun. So breiten sich

[6] Wallstreet Journal, 22.02.2012.

wie ehedem im globalen Süden als Folge der Strukturanpassungsmassnahmen auch in Griechenland Hunger und Verzweiflung aus. Renten werden gekürzt, Löhne abgesenkt und das Gesundheitswesen zurückgefahren. Obdachlosigkeit, Armut, Arbeitslosigkeit und sogar Hunger kehren nach Europa zurück. Der Mindestlohn und die Arbeitslosenunterstützung werden drastisch gekürzt. Die über 94 Milliarden Euro Hilfskredite, welche die EU und der Internationale Währungsfonds (IWF) nach Griechenland überwiesen haben, dienen zu nichts anderem als dazu, die Ansprüche der Kreditgeber zu befriedigen, die ausserhalb Griechenlands sitzen. Alles wird geopfert, damit die Schulden getilgt werden können. Europa leidet jetzt genauso wie der globale Süden unter der Schuldknechtschaft des Kapitals.

Während im globalen Norden der Sozialstaat, der als Ausdruck des Menschenrechts auf soziale Sicherheit verstanden werden kann, Stück um Stück abgebaut wird, wird in den Ländern des globalen Südens die Idee der Entwicklung abgeschafft. Die nachholende Entwicklung war mit ihrem Versprechen, das Niveau der reichen Länder erreichen zu können, sicherlich auch ein irriger Mythos. Doch selbst das Versprechen einer nachholenden Entwicklung wird nun zurückgenommen, und an seine Stelle tritt ein Schuldendienst, der die Länder des Südens gleichsam zu Protektoraten der internationalen Finanzinstitutionen macht. Deren Sorge aber ist nicht mehr die ökonomische und soziale Entwicklung der unterentwickelten Länder, sondern allein ihre Schuldendienstfähigkeit. Schuldendienstfähigkeit aber heisst, dass die Länder weiterhin in der Lage sind, den Schuldendienst leisten und die Schulden zu begleichen, damit die Ansprüche der Eigentümer auf die Mehrung ihres Eigentums gesichert bleiben. Doch die Schulden sollen und dürfen keineswegs gänzlich «verschwinden», denn dann würde auch jener Prozess der Vermögensmehrung durch die Verschuldung der Armen gestoppt. Schuldendienst und Vermögensmehrung haben eine überragenden Bedeutung gewonnen und rangieren vor dem ungeheuren Bedarf an Nahrung, Wohnung, Arbeit und andren Dingen, die für ein würdiges menschliches Leben unabdingbar sind. Kaum zu verneinen ist, dass die überschuldeten Staaten und die Menschen durch die Strukturanpassungsmassnahmen und die ihnen folgenden Politik immer tiefer in Armut und Not gesunken sind. Denn diese Strukturanpassungsmassnahmen zwingen die überschuldeten Staaten, für den Schuldendienst den Gesundheitsdienst, die Wasserversorgung und andere öffentliche Dienste zu kürzen sowie ausländische Investitionen zu fördern, Arbeitsstandards und Umweltschutz-

auflagen abzusenken. Nun leben die Menschen im Norden wie im Süden in einem globalen System, das Opfer verlangt. Der globalisierte Kapitalismus offenbart sich als ein Opferkapitalismus. Dies meint Jean Ziegler, der frühere Botschafter der UNO für das Recht auf Nahrung, wenn er sagt: «Und dieser Hunger ist von Menschenhand gemacht. Wer an Hunger stirbt, stirbt als Opfer eines Mordes.»[7] Ein System, das zwar genug Nahrung für alle produziert, aber nicht in der Lage ist, die Güter gerecht zu verteilen, mordet. Der Opferkapitalismus scheut nicht einmal davor zurück, Menschen im armen Süden zu Tode zu bringen und im reichen Norden in Armut und Arbeitslosigkeit zu stürzen. Weltweit werden die Menschenrechte im Namen der Schulden unterlaufen und zurückgedrängt. Diese Politik trifft den Süden ebenso wie den Norden, wenn auch die Auswirkungen unterschiedlich sind.

Der Sozialstaat in Europa als Ausdruck der Menschenrechte und der Entwicklungsstaat im globalen Süden waren dadurch geprägt, die Macht des Geldes zu begrenzen: Wirtschaftliche und soziale Infrastrukturen wurden geschaffen, das Bildungssystem, das Gesundheitswesen und die Altersvorsorge wurden ausgebaut. In den armen Ländern des Südens wurden Programme für den wirtschaftlichen Fortschritt und die soziale Entwicklung aufgelegt. Entwicklungs- und Sozialstaat werden aber jetzt in einen Sicherungsstaat umgebaut, der als Garant der Mehrung des Kapitals nunmehr den Staat als Garanten der sozialen Sicherheit und der Entwicklung ablöst. Der neoliberale Sicherungsstaat in Zeiten der Verschuldung im Süden und im Norden sichert nicht mehr die Menschenrechte, sondern die Rechte der Kapitaleigner. Dadurch wird der Sicherungsstaat zu einem Gegner der Menschenrechte und derer, die sie verteidigen.

3. Umkehrung der Werte: Sicherheitsstaat für die Sicherung der Investitionen und Bestrafung der Menschenrechte

Die Verwüstungen durch den Neoliberalismus, angetrieben vom unstillbaren Hunger nach Profit, hat zu ökologischer Zerstörung, Klimawandel und der Auslöschung von Lebewesen, Pflanzen und Fischen und der Leben spendenden Biodiversität geführt. Die Verschmutzung und Verschwendung der Wasserressourcen, die Verschmutzung der Meere und die Zerstörung des Regenwaldes bedrohen das Leben auf der Erde. Die Miss-

[7] Vgl. JEAN ZIEGLER, Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, München (Bertelsmann) 2005, 101.

achtung von sozialen Rechten stellt aber nicht minder eine Verletzung der Menschenrechte dar als die Folter. In Armut, Hunger und Arbeitslosigkeit zeigt sich eine Absage an die Menschenrechte, welche wiederum Hunger und andere Menschenrechtsverletzungen hervorbringen und verstärken. Druck auf die Gewerkschaften, Landraub, Vertreibung der Kleinbauern, Entführung von Umweltaktivisten und die Ermordung der Menschenrechtler werden als notwendige Opfer abgetan.

Die zentrale menschenrechtliche Verpflichtung des Staates wird umgekehrt. Aus der Aufgabe, die Menschenrechte zu respektieren, zu schützen und zu erfüllen, wird die Verpflichtung, die Interessen des Kapitals, die ausländischen Investitionen und den Schuldendienst respektieren, zu schützen und zu erfüllen. 2008 konnte ich die seit Jahren streikenden Arbeiter bei Nestlé in Cavite besuchen. Sie berichteten mir, dass auf dem Fabrikgelände mehrere Hundert Soldaten stationiert wären. Die Aufstellung einer eigenen militärischen *Investment Defense Force* illustriert diese Umkehrung der Menschenrechte. Die frühere Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo kündigte im Jahr 2008 eine solche Investitionsschutzmacht an. Sie erklärte: «Ich habe die Armee angewiesen, eine *Investment Defense Force* zu bilden. Die Aufgabe der *Investment Defense Force* besteht darin, einen Schutzschild für Vermögenswerte, Infrastruktur und Entwicklungsprojekte im Bergbau zu schaffen.»[8] Das Militär ist angehalten, für Ordnung und für die Sicherheit globaler Investitionen zu sorgen. Der neoliberale Staat ist von einem Entwicklungsstaat zu einem Staat geworden, der die Sicherheit der ökonomischen Investitionen garantiert.

Der neoliberale Staat kennt nur zwei Rechte: das Recht auf Eigentum und das Recht auf Freiheit, das auch ein Recht auf unbeschränkte Ausbeutung der Bodenschätze einschliesst. Damit die ökonomischen Rechte gesichert sind, bleibt die Verletzung der Menschenrechte im Namen ökonomischer Interessen straffrei. Die Straffreiheit ist deshalb keineswegs eine sträfliche Unterlassung des Staates bei der Strafverfolgung, sondern dient umgekehrt dem obersten Ziel, die Interessen der Kapitaleigner und Investoren abzusichern. Auf der Website der «Philippine Economic Zone Authority» ist zu lesen: «Die Grundrechte der Investoren sind garantiert (das Recht, die Gewinne auszuschütten, und das Recht, die Erlöse ins Ausland zu überweisen).»[9] Die Website lobt die philippinischen Arbeiter als «hart arbeitend und freundlich» – aber nichts ist zu lesen über die sozialen Men-

[8] Zambo Times, 12.02.2008.
[9] http://www.peza.gov.ph.

schenrechte der Arbeiterinnen und Arbeiter. Wer Widerstand leistet und die sozialen Rechte verteidigt, der behindert die ökonomische Freiheit der Investoren und macht sich schuldig. Wer die sozialen Menschenrechte verletzt, geht dagegen straffrei aus. Wer aber im Namen der Menschenrechte dem anscheinend unbestrittenen ökonomischen Fortschritt und der Mehrung des Kapitals der Investoren widersteht, der macht sich schuldig. So sind schuldig: die Gewerkschaften, die Verteidiger der Menschenrechte, die kirchlichen Basisbewegungen und Basisgemeinschaften. Da sie sich gegen die Opfer gewehrt haben, die im Namen des ökonomischen Fortschritts gefordert werden, sind sie schuldig. Sie haben die Ankunft der verheissenen Zukunft des Neoliberalismus behindert.

«In vielen Fällen arbeiten einzelne Individuen und Organisationen daran, das Recht auf eine gesunde Umwelt zu verteidigen», sagt Margaret Sekaggya, Sonderbotschafterin für die Verteidigung der Menschenrechte. «Bei Kontroversen über Landrechte und Kampagnen gegen Bergbau- und Dammprojekte, beim Schutz der Rechte der einheimischen Gemeinschaften wird nicht selten gegen jene, die solche Rechte verteidigen, Gewalt angewendet.»[10] Die Ausbeutung der Menschen und die Ausbeutung der Rohstoffe werden geschützt, aber nicht die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter. Unschuldig aber ist, wer diese Welt*un*ordnung stützt. Genau diese Umkehrung der Menschenrechte sichert der Sicherheitsstaat – wenn es sein muss auch militärisch durch sogenannte *Investment Defense Forces*. Die neoliberale Globalisierungsstrategie lässt keine Alternative zu und wird deshalb sogar militärisch verteidigt. So ist unschuldig und bleibt straffrei, wer die Menschenrechte verletzt, aber schuldig sind die Opfer der Menschenrechtsverletzungen. Wer es wagen sollte, gegen das neoliberale Projekt anzugehen, der kann nicht erwarten, dass der Staat ihn verteidigt – im Gegenteil: Es ist notwendig, alle Widerstände zu beseitigen, und deshalb verteidigt der Staat jene, die die Menschenrechte verletzen, und lässt sie straffrei.

4. Jesuanische Märtyrer: Reaktion auf eine grausame Welt

Man muss berücksichtigen, dass diese Opferlogik tief im sozialen Bewusstsein der westlichen Welt und des christlichen Glaubens verwurzelt ist. In fast allen Religionen, aber besonders im Christentum gibt es den Glauben, dass es ohne Opfer keine Erlösung gäbe. Diese Art von Theolo-

[10] United Nations OHCHR, 09.07.2012.

gie und Frömmigkeit vermag dem Leiden der Menschen einen Sinn zu geben. In vielen Kirchen auf den Philippinen sehen wir den leidenden Christus, der das Kreuz trägt, und der leidende Christus ist ein brauner Filipino. Aber der auferstandene Christus ist ein weisser Mann! In dieser Spiritualität wird das Leiden der unterdrückten Menschen legitimiert, und der weisse Mann ist wie der auferstandene Christus von allem Leiden erlöst. Jedes Opfern von Menschen muss genauso zurückgewiesen werden wie jeder Anspruch, der im Namen der geheiligten Logik des Marktes erhoben wird, der sich als alternativlos ausgibt[11]. Genau das meint Jesus, wenn es sagt: «Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer» (Mt 9,13).

Der ermordete Bischof Ramento hat gelebt und gekämpft wie Jesus und wurde deshalb ermordet wie Jesus. Deshalb kann man von «jesuanischen Märtyrern» sprechen[12]. Man kann darüber streiten, ob die Bezeichnung «jesuanischer Märtyrer» zutreffend ist, doch ohne jeden Zweifel ist, dass Bischof Ramento und die vielen nicht namenlos fernab und in andauernder Anonymität bleiben dürfen. Bischof Ramento und viele Menschenrechtsaktivisten sind Märtyrer der Menschlichkeit. Die Mächte, gegen die sie die Armen verteidigten, waren die Armee, die Oligarchen, die Regierung, die Grossgrundbesitzer und die vielen, welche die Verhältnisse legitimieren und verteidigen. Als Christen glauben wir, dass ihr Opfer neues Leben, Gerechtigkeit und Würde hervorbringt. Sie haben keine «Sünde» begangen, ausser dass sie für die Menschenrechte und für die Gerechtigkeit gekämpft haben. Ihr Märtyrertod lässt erkennen, wie eine menschengerechte Globalisierung ohne Selbstbereicherung und ohne die Exklusion von Menschen sein könnte. Unter dem Banner des freien Marktes mit dem Slogan von Eigennutz hat die Welt unglaublich viel Gewalt und Tod für Millionen erlitten. Wenn die Kirche die Opfer mit Namen benennt, dann kann sie ein System demaskieren, das Opfer verlangt, und sie kann die

---

11 Vgl. JUNG MO MUNG, Desire, Market and Religion, London (SCM) 2007, 25ff.

12 Siehe die Beiträge im Themenheft Concilium 2003/ 1; ferner JON SOBRINO, No Salvation outside the Poor. Prophetic-utopian Essays, New York (Orbis) 2008; FRANZ SEGBERS/PETER-BEN SMIT, Katholisch in Zeiten der Globalisierung. Erinnerung an den Märtyrerbischof Alberto Ramento, den Bischof der Arbeiter und Bauern, Luzern (Exodus) 2010; *niederländisch*: Alberto B. Ramento. Bisschop van Arbeiders en Boeren (1937–2006). Een profetisch getuignis van een bisschop en zijn kerk, Hilversum (Sync. Creatieve Producties)/Goes (Nilsson) 2011; *englisch*: Catholicity in Times of Globalization. Remembering Alberto Ramento, Martyred Bishop of Workers and Peasants, Lucerne (Exodus) 2011 [eine erweiterte philippinische Ausgabe erschien in Manila 2012, eine französische Übersetzung ist in Vorbereitung].

Unschuld der Opfer eines scheinbar unantastbaren Systems offenlegen. Die Kirche muss die Opfer mit einem Namen benennen und den Toten ihre Würde zurückzugeben. Menschen werden durch das falsche ökonomische System geopfert und durch die Logik der neoliberalen Globalisierung gekreuzigt. Über diese Opfer zu schweigen, keinen Widerstand zu leisten, nicht bereit zu sein, auch das Leben einzusetzen, und die gekreuzigten Menschen nicht vom Kreuz herunterzuholen – das ist Sünde.

Was wir brauchen, ist ein auf Recht basiertes Gegenprogramm zur neoliberalen Globalisierung nach dem Motto «Mehr Markt, weniger Staat und Unterdrückung der Menschenrechte». Wir brauchen eine Globalisierung der Menschenrechte. Doch dies fordert nichts weniger als eine Umkehr. Der Sicherheitsstaat, der die Mehrung des Eigentums respektiert, schützt und erfüllt, muss zu einem Staat werden, der die Menschenrechte respektiert, schützt und erfüllt. Die Regierung muss alle Anstrengungen unternehmen, das Leben der Verteidiger der Menschenrechte zu schützen und sicherzustellen, dass sie in der Lage sind, ihre wichtige Arbeit zu tun. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass unverzüglich unparteiliche und unabhängige Untersuchungen über das wachsende Ausmass von Unterdrückung und die wachsende Zahl von Morden an Menschenrechtsverteidigern in die Wege geleitet, die Verfolger zur Verantwortung gezogen werden und dass gegen deren Straffreiheit vorgegangen wird.

Ich habe den Traum, dass unsere gemeinsame Katholizität zu einer globalen Bewegung wird, die aus dem Glauben heraus für Frieden und Gerechtigkeit kämpft und die Solidarität der Menschen im Widerstand gegen die Verletzung der Menschenrechte in der neoliberalen Globalisierung stärkt. Da Millionen leiden, unterdrückt und erniedrigt werden, versammeln wir uns hier auf dieser Konferenz – damit sie alle einen Namen bekommen. Bischof Ramento und die Tausenden von Verteidigern der Menschenrechte sollen im Namen der unzähligen namenlosen Opfer in Erinnerung bleiben. Sie alle ermutigen uns, den Schrei der gekreuzigten Menschen zu hören, sie vom Kreuz zu holen, für Menschenrechte und für Gerechtigkeit in dieser Welt zu kämpfen.

Franz Segbers (geb. 1949 in Gelsenkirchen D), apl. Prof. Dr. theol.
1985 Promotion zum Dr. theol. in Würzburg; 1999 als altkatholischer Theologe Habilitation in evangelischer Sozialethik in Marburg zum Thema «Die Hausordnung der Tora. Biblische Impulse für eine theologische Wirtschaftsethik» (3. Aufl. Luzern 2001); seit 2004 apl. Professor für Sozialethik im Fachbereich Evangelische Theologie an der Universität Marburg; Lehrauf-

träge in Heidelberg und Frankfurt, 2008 Gastdozentur in Ausbildungsstätten der Iglesia Filipina Independiente. Forschungsschwerpunkte: Themen der Sozial- und Wirtschaftsethik.

Adresse: Nonnbornstr. 14a, D-65779 Kelkheim, Deutschland. E-Mail: Franz.Segbers@online.de.

English Summary

The 1948 UN Declaration of Human Rights affirms universal and internationally guaranteed human rights for all. However, in many countries those who defend these attested rights are being increasingly persecuted. The reason for this is that the politico-economic project of neoliberal globalization conflicts with human rights. The state's task to respect, protect and fulfil human rights is distorted into a duty to respect, protect and fulfil an economically driven development and the interests of foreign investors. Anyone who opposes these economic interests in the name of human rights is seen as guilty, and anyone who breaches human rights in the interest of foreign investment or economic development remains scot-free.

The Iglesia Filipina Independiente organized a congress in Manila in October 2012 to denounce the failure to punish the murderers of Obispo Maximo Albert Ramento and of other victims of political assassination. He and the many human rights activists are martyrs of humanity. They are innocent victims who have fought for human rights and justice.